Stellungnahme der Verwaltung des Amtes Probstei zum Abschlussbericht über die überörtliche Prüfung des Amtes Probstei für die Jahre 2012 – 2016

hier: Prüfbericht der Gemeinde Fahren

A) Vorbemerkungen:

Prüfungsauftrag, Art und der Umfang der Prüfung durch das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Plön ergeben sich aus dem vorliegenden Prüfungsbericht. Ergänzende Erläuterungen durch die Leiterin des Gemeindeprüfungsamtes sowie der Prüfgruppenleitung erfolgten in dem Abschlussgespräch am 27.09.2017, zu dem alle Mitglieder des Hauptausschusses sowie die Mitglieder des Amtsausschusses nachrichtlich eingeladen waren. Dabei ist neben inhaltlichen Hinweisen darauf hingewiesen worden, dass zu gewissen Prüfungsfeststellungen eine Stellungnahme erwartet wird, zu vielen jedoch, zum Teil sogar ausdrücklich, nicht. Die Hinweise, zu denen eine Stellungnahme erwartet wird, sind in einer gesonderten Aufstellung am Ende des Prüfberichtes aufgelistet.

Eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der Reihenfolge der Liste der Prüfungsfeststellungen, zu denen eine Stellungnahme erwartet wird.

Es ist notwendig, dass sich die Gremien der Selbstverwaltung mit den Inhalten der Prüfung sowie den verwaltungsseitigen Stellungnahmen auseinandersetzen und einen Beschluss fassen. Seitens der Verwaltung wird empfohlen, sich per Beschluss der verwaltungsseitigen Stellungnahme anzuschließen.

Auch wenn es sicher der besseren Lesbarkeit dienen würde, wird darauf verzichtet, den Prüfungstext, auf den sich nachfolgende Bemerkungen beziehen, erneut wiederzugeben.

B) Prüfungsfeststellungen, zu denen eine Stellungnahme erwartet wird

III.1 Änderung der Hauptsatzung

Der Hinweis des GPA hinsichtlich der Regelung zur nichtöffentlichen Tagung des Finanzausschusses ist korrekt. Diese basiert noch auf einer alten Rechtslage, die sich in der Zwischenzeit deutlich verändert hat und in der Praxis auch nicht mehr angewendet wird. Gleiches gilt aber auch für andere Regelungen in der Hauptsatzung (z.B. § 5 Einwohnerversammlung).

Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Kommunalwahl erscheint es allerdings sinnvoll, eine Überarbeitung der Hauptsatzung im Anschluss vorzunehmen.

III.2 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgelder

Auch wenn die Thematik Reisekostenerstattung in der Praxis nahezu irrelevant ist, ist der Hinweis des GPA durchaus zu Recht erfolgt. Durch in der Vergangenheit erfolgte Änderungen des Reiskostenrechtes ergibt sich in der Tat ein Anpassungsbedarf in den gemeindlichen Entschädigungssatzungen. Da dieser Umstand amtsweit festzustellen ist, ist beabsichtigt, die Entschädigungssatzungen sukzessive und bei Gelegenheit zu überarbeiten. Die Aussage des GPA, eine „vorliegende Antwort des Bürgermeisters, die Rechtslage weiterhin ignorieren zu wollen“ kann von hier aus nicht nachvollzogen werden. Natürlich sind Gemeinden an Recht und Gesetz gebunden. Dies ist dem Bürgermeister Herrn Schnoor bewusst. Es kann sich daher nur um einen Irrtum handeln oder den Austausch unterschiedlicher Rechtsauffassungen. Das wäre aber etwas anderes, als bewusst zu ignorieren. Angesichts des engen Sachzusammenhanges zur Hauptsatzung ist beabsichtigt, wie bei der Hauptsatzung auch, eine Änderung nach der Kommunalwahl auf den Weg zu bringen.

V.1.2 Hundesteuern

In der Tat sehen die Hundesteuersatzungen aller Gemeinden des Amtes Probstei die verspätete Abmeldung eines Hundes als Ordnungswidrigkeit vor. Dem rechtlichen Hinweis des GPA, den Regelungsgehalt des KAG nicht erweitern zu dürfen, ist zu folgen. In der Praxis gibt es allerdings derartige Fälle nicht, so dass die Regelung im Zuge künftig anstehender Änderungsbedarfe aus den gemeindlichen Hundesteuersatzungen entfernt werden soll.

V.2.1 Abwasserbeseitigung

Unter Hinweis auf § 6 Abs. 2 KAG macht die Gemeinde Fahren seit dem Jahr 2005 zur Minderung von Benutzungsgebühren von der Möglichkeit der Auflösung von Anschlussbeiträgen gebrauch. Der seinerzeit errechnete durchschnittliche Auflösungssatz betrug 3,51 % und findet seitdem Anwendung. Eine diesbezügliche Beanstandung hat es bei allen vergangenen Prüfungen durch das GPA nicht gegeben.

Die jetzige Prüfungsanmerkung erfolgt jedoch zu Recht. Seinerzeit ist keine Gewichtung der Abschreibungssätze im Verhältnis zu den jeweiligen Restbuchwerten erfolgt. Unter Berücksichtigung einer entsprechenden Gewichtung beträgt der durchschnittliche Auflösungssatz

nunmehr 2,23 %. Wie dem GPA bereits während der Prüfung mitgeteilt, wird künftig eine entsprechende Berücksichtigung erfolgen.

Dieses führt unterm Strich zu einer weiteren deutlichen Gebührenerhöhung von etwa 0,54 €/m³.

V.2.3 Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr

Auch dieser Hinweis, dem aus Rechtsgründen gefolgt werden muss, erfolgt nahezu wortgleich für alle Gemeinden des Amtes Probstei. Eine Kalkulation der einzelnen Gebührensätze entsprechend den Vorgaben des KAG konnte den vorgelegten Akten nicht entnommen werden, sie wurde aussagegemäß auch nicht vorgenommen. Die Gebührensätze sind im Wesentlichen seit mindestens dem Jahr 1998 folglich unverändert geblieben. Das GPA hält es daher für erforderlich, die tatsächlichen Gebührenbedarfe anhand einer aktuellen Gebührenkalkulation zu überprüfen.

Den Ausführungen des Gemeindeprüfungsamtes ist (leider) im vollen Umfang beizupflichten. Allerdings ist anzumerken, dass die Kalkulation von brandschutzrechtlichen Gebühren einen derart hohen Aufwand verursacht, dass die dafür aufzuwendenden Kosten in keinerlei Verhältnis mit dem zu erwartenden Ertrag stehen.

Für die Erstellung einer derartigen Kalkulation muss externer Sachverstand in Anspruch genommen werden. Zudem entsteht auf Seiten der Feuerwehr ein erheblicher Aufwand bei der Vorbereitung der Kalkulation für und in Zusammenarbeit mit dem externen Dienstleister. Die Kosten für eine solche Kalkulation belaufen sich zwischen 5.000,00 EUR und 7.500,00 EUR netto zuzüglich Nebenkosten und Umsatzsteuer; demgegenüber stehen 0,00 EUR im Jahr 2016 und 0,00 € im Jahr 2017 an Gebührenaufkommen.

Aus dieser ohnehin vorhandenen Erkenntnis heraus, hatte das Amt Probstei bereits im Frühjahr 2014 im Zuge des Änderungsverfahrens zum Brandschutzgesetz dem Landesfeuerwehrverband gegenüber einen Formulierungsvorschlag für den maßgeblichen § 29 BrSchG unterbreitet, um dieses krasse Missverhältnis zu vermeiden. Eine Reaktion erfolgte hierauf jedoch nicht. Ggfs. könnte der Kreis Plön mit seinen Mitteln versuchen, diesen Vorschlag in gesetzgeberische Änderungen umzusetzen.

V.2.4 Straßenreinigungssatzungen

Der für alle Gemeinden gleichlautende Hinweis ist berechtigt, soweit er sich auf das Alter einzelner Straßenreinigungssatzungen der Gemeinden des Amtes Probstei bezieht. Das Ge-

meindeprüfungsamt wendet kritisch ein, dass diese Satzungen teilweise noch Regelungen enthalten würden, die aufgrund der sich fortentwickelnden Rechtsprechung heute nicht mehr verwendet werden sollten. An welcher Stelle und in welcher Satzung konkret, also für welche Gemeinde, ein solcher Bedarf für eine Überarbeitung gesehen wird, bleibt dagegen eher nebulös.

Die pauschal vorgetragenen Punkte zum Straßenverzeichnis und zur „Reinigungspflicht bis zur Straßenmitte“ werden ebenfalls nicht in dezidiert ausgeführt. Sofern innerhalb einer Gemeinde keine neuen Straßen hergestellt wurden, darf es nicht verwundern, dass das Straßenverzeichnis auch nicht geändert wurde. Gleiches gilt für die aufgeworfene Problematik in Stichstraßen, wobei hier zusätzlich anzumerken ist, dass sich das Gemeindeprüfungsamt auf die Rechtsprechung zum Landesrecht in Nordrhein-Westfalen bezieht.

Sofern eine grundlegende Überarbeitung der bestehenden Straßenreinigungssatzungen aus praktischen Gründen erforderlich werden sollte, würde dies nur mit einem erheblichen zeitlichen Vorlauf möglich sein. Im Zuge einer Überarbeitung, die derzeit nicht als zwingend angesehen wird, könnte und sollte dann angestrebt aber auch angestrebt werden, die Satzungen soweit wie möglich zu vereinheitlichen.

V.2.4. Straßenreinigungsgebührensatzungen

Eine Pflicht zur Erhebung von Straßenreinigungsgebühren besteht aus straßenrechtlichen Gründen nicht. In der Gemeinde Fahren sind im Jahr 2017 keine gesonderten Kosten der Straßenreinigung entstanden. Bestenfalls wäre buchhalterisch ein geringer Anteil an bestehenden Personalaufwendungen, so vorhanden, festzustellen. Im Haushaltsjahr 2017 sind keine die Kosten des Winterdienstes entstanden, so dass im Ergebnis angesichts des entstehenden nicht unerheblichen Verwaltungs- und Kostenaufwandes für die Ermittlung von Kalkulationsgrundlagen davon abgeraten wird, die Einführung einer Straßenreinigungsgebührensatzung in Erwägung zu ziehen

Schönberg, den 15.02.2018

Sönke Körber; Amtsdirektor